

W. Hammerschick, I. Karazman-Morawetz, W. Stangl (Hrsg.): Die sichere Stadt. Prävention und kommunale Sicherheitspolitik, Baden-Baden (Nomos) 1996 (Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1995), DM 48.–

Der Band behandelt in drei Abschnitten zwei Themenkomplexe, die gegenwärtig Hochkonjunktur zu haben scheinen: Die AutorInnen diskutieren die Transformation staatlicher Herrschaft unter den Leitbegriffen „(Kommunale) Prävention“ und „Bürgernahe Polizei“. Dabei geht es jeweils um die nach wie vor kontrovers diskutierte Frage, wer mit welchem Anspruch unter welchem Blickwinkel und mit welchen Interessen was als Problem bezeichnet und welche Lösungsmöglichkeiten angeboten werden.

Der erste Abschnitt ist dem Projekt „Wien – Sichere Stadt“ gewidmet, das 1993/94 im Auftrag der Gemeinde Wien vom dortigen Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie durchgeführt wurde. Einleitend beschreiben die AutorInnen das Projekt, das in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich war, und zwar sowohl vom Umfang (zwei Untersuchungsgebiete mit insgesamt ca. 10 000 Einwohnern) als auch von der zugrundeliegenden Idee (die Befragten selbst definieren und bewältigen ihre Probleme im Wohnviertel). Auch die geplante Verzahnung von Erhebungsphase und anschließender Interventionsphase weist auf den außerordentlichen (nicht zuletzt: finanziellen) Umfang des Projekts hin. Schließlich ist auch der Anspruch erwähnenswert, nicht staatlich zentrierte bzw. polizeilich dominierte Präventionsmodelle zu

kopieren, sondern „mit den Bewohnern gemeinsam ‚kommunale Sicherheitsmodelle‘ für den Umgang mit einzelnen ‚virulenten‘ Themenbereichen zu erarbeiten, um auf diese Weise neue Formen kommunaler Sicherheitspolitik zu ermöglichen“ (S. 12). Durchaus heuristischen Stellenwert hat dabei die Aussage, daß die geplanten Interventionen gescheitert sind (S. 139). Ein Grund dafür, daß keiner der initiierten Arbeitskreise über die Diskussionsphase hinaus fortgesetzt werden konnte, liegt offenbar darin, daß sich der Auftraggeber aus dem Projekt zurückzog. Ist aber nicht auch zu vermuten, daß die Idee von der Selbstorganisation einer Wohngemeinde bzw. von deren Kompetenz zur „autonomen Konfliktregelung“ noch gar nicht bei den Bewohnern angekommen ist? Daß es vielleicht doch funktionierender Institutionen bedarf, die die Interessen einer Wohngemeinde in ihre Routinen einbauen? Sympathisch ist die unpräntiöse Bestandsaufnahme deshalb, weil wir so die Gelegenheit bekommen, aus diesem Versuch heraus eigenständig mit- und weiterzudenken.

Die folgenden vier Aufsätze von Inge Karazman-Morawetz, Wolfgang Stangl, Gerhard Hanak und Walter Hammerschick stellen Einzelbefunde des Projekts vor. Sie alle betonen (und belegen materialreich), daß es nicht die „Kriminalität“ im engeren Sinne ist, die die Lebensqualität der Befragten einschränkt, sondern Konflikte, die unter dem Begriff „Disorder“ zusammengefaßt werden.

Den zweiten Abschnitt („Über die bürgernahe Polizei“) eröffnet Kevin Stenson mit einem Aufsatz über den Wandel staatlicher Herrschaft in Großbritannien. Er argumentiert, daß die gegenwärtige Entwicklung im Bereich der Kriminalprävention (besonders die „Community Policing“-Diskussion) eine neue Beziehung von zentralstaatlicher Herrschaft, (Sozial-)Disziplinierung und Kommunalen Verwaltung offenlegt. Kriminalprävention in Großbritannien tendiert wieder dazu, unter Sozialpolitik subsumiert zu werden. Das befördert moralische und symbolische Feldzüge gegen das Verbrechen und den (bzw. die) Verbrecher (S. 120).

Thomas Feltes nimmt sich in seinem Beitrag (Bürgernahe Polizeiarbeit – Neuer Wein in alten Schläuchen?) die polizeiliche Seite der Debatte vor und setzt den Anspruch an „Community Policing“ (CP) in Verbindung mit der gegenwärtigen Organisationsstruktur der (deutschen) Polizei. Anhand verschiedener polizeilicher Handlungsfelder zeigt er, daß „CP“ solange reine Rhetorik bleibt, wie sich die Institution insgesamt noch als staatszentrierte „Crime fighter“-Agentur versteht und auch so organisiert ist. Letztlich gibt der Aufsatz denjenigen, die sich in Theorie und Praxis mit einer Reform der Polizei beschäftigen, gute Argumentationshilfen, seine Visionen zum künftigen Organisationsmanagement und zu einer neuen Polizeikultur sind allerdings auf eine wohlwollende Rezeption angewiesen.

Janos Fehevary führt das „CP“-Thema (Community Policing – nun auch in Wien) aus dem Blickwinkel der Implementationsversuche bei der Wiener Polizei fort. „Das CP-Projekt der Wiener Polizei stellt (...) auf eine Stärkung der polizeilichen Kompetenzen in der regionalen Präventionsarbeit ab“ (S. 158). Von einem radikalen „Paradigmenwechsel“ im polizeilichen Selbstverständnis ist da nicht mehr viel zu spüren. Der Beitrag verdeutlicht die völlig schwammige Begrifflichkeit von „CP“, die sehr bunte Bedeu-

tungsgeschichte und entlarvt den Terminus schließlich als in alle Richtung verfügbare Worthülse.

Im dritten Teil berichtet Erhard Blankenburg (Präventive Sicherheitspolitik in der Großstadt) von zwei Modellen großstädtischen Sicherheitsmanagements, die er einbettet in eine „Theorie der Gelegenheiten“ (S. 175). Die Grundidee ist nicht ganz neu: „Maßnahmen richten sich (...) nicht auf ‚Schuld & Ursache‘ von Kriminalität, sondern eher auf die Verringerung der strukturellen Gelegenheiten zu dem gesamten Komplex sozialer Unsicherheiten, in denen Kriminalität gedeiht“ (S. 175). Offenbar ist in Fortsetzung der Sutherland’schen „Theorie der differentiellen Assoziation“ hier an eine Verhinderung von Gelegenheiten zur Abweichung gedacht, an die permanente Veränderung von Umwelten, an die Stärkung der Opferposition, an die Mobilisierung einer wie auch immer bestimmbaren Gemeinde („soziale Anwesenheit erhöhen“), mit der Folge, daß ‚potentielle Täter‘ verschwinden (aus Mangel an Lerngelegenheiten). Handelnde Subjekte gibt es offenbar nur noch in Programmen, die sich damit beschäftigen, Gelegenheiten zur Devianz zu verhindern. Aus Holland werden einige Modelle skizziert, die sich auf Orte beziehen, „die Probleme der Vernachlässigung signalisieren: Vandalismus, Graffiti, unsichere Umgebung, die Häufung von Kriminalität“ (S. 176). In dieser Begrifflichkeit ist für jeden und alles Platz. Aus den USA erreicht uns lediglich die „Warnung“, daß „harte“ und „weiche“ Sicherheitspolitik gekoppelt werden muß (S. 178). Blankenburgs Grundgedanke, die Vermeidung kriminogener Gelegenheiten, läßt zur kritischen Auseinandersetzung ein, scheint mir hier aber nicht überzeugend ausgebreitet worden zu sein.

„Praktischer“ ist der Beitrag von Eva Kail, Ursula Kose und Lilli Licka („Draußen einfach sicherer“ – ein Planungsbeitrag zur Vermeidung von Angsträumen). Die Autorinnen stellen ihre (Wiener) Studie vor, die sich mit Lebens- und Bedrohungssituationen von Frauen befaßt. Ihre Einwohnerinnenbefragung zeigte (wieder einmal), daß Frauen innerhalb eines Wohngebiets ziemlich genau sagen können, welche Situationen und Orte ihnen Angst machen und daß es möglich ist, diese Erfahrungen stadtplanerisch zu berücksichtigen, um so öffentliche Räume überschaubarer (und sicherer) zu machen.

Bruni Schröcker (Integrationsarbeit an der Basis – die Außenstellen des Wiener Integrationsfonds) berichtet von einem über die Planungsphase hinaus etablierten Projekt in Wien und zeigt, unter welchen organisatorischen und sozialen Bedingungen Kommunikationsarbeit zwischen Einheimischen und MigrantInnen bewerkstelligt wird. Sie macht deutlich, daß die Befriedung von Konfliktsituationen oft ein mühsames Unterfangen ist, das vor allem vom guten Willen der Beteiligten und deren Kompetenz zur Verständigung abhängt. Die Konfliktursachen (z. B. enge und schlechte Wohnungen) können in der Regel nicht beseitigt werden und so wird „Integrationsarbeit“ im Alltag zu einem Aushandlungsprozeß mit labilem Gleichgewicht.

Schließlich setzen sich Adam Edwards und Roger Matthews in ihrem Beitrag (Reflections on Recent Developments in „Social Control“) anhand eines Literaturüberblicks mit unterschiedlichen Ansätzen staatlicher Herrschaft

und sozialer Kontrolle auseinander. In ziemlich „überblickhafter“ Form (16 Seiten) werden wir mit Foucaults Disziplinierungsansatz, mit korporatistischen Modellen (Stichwort: Mediation) im England der 60er und 70er Jahre, mit Regulationstheorie und Globalisierungstendenzen, neo-foucaultscher Herrschaftstheorie und schließlich noch mit der Verbindung von Herrschaft und sozialer (Ver-)Sicherheit in der Risikogesellschaft konfrontiert. Für eine wirkliche Diskussion ist das zuviel, der Überblick konkretisiert jedoch an einigen Stellen den unvermeidlichen Zusammenhang von Produktionsweise und (staatlicher) Herrschaft.

Von der eher phänomenologischen Beschreibung des Wiener Projekts im ersten Teil bis hin zur sehr allgemeinen Literaturübersicht über „Soziale Kontrolle“ werden uns ziemlich heterogene Zugänge angeboten. Die Zusammenstellung der unterschiedlichen Arbeiten scheint stellenweise etwas künstlich. Ich wäre mit den Beiträgen rund um das Wiener Projekt völlig zufrieden gewesen und hätte mir noch mehr Hinweise darauf gewünscht, welcher (politische) Hintergrund eine solche Projektvielfalt verbindet. Die an sich kriminal-(und polizei-)politisch sehr interessanten Beiträge von Stenson, Feltes, Blankenburg und Edwards/Matthews wirken in diesem Band trotz (bzw. wegen) der impliziten Klammer „Soziale Kontrolle“ etwas isoliert.

Wer sich für die gegenwärtigen kriminologischen Diskussionen um Transformation von staatlicher Herrschaft, um (Kriminal-)Prävention, gemeindeorientierter Polizeiarbeit, Privatisierung bzw. „Kommunalisierung“ von Sicherheit, Globalisierung, Geschlechterdifferenz und kommunale Raumplanung etc. interessiert, für den/die ist die Lektüre des Jahrbuches auf jeden Fall ein großer Gewinn.

Rafael Behr, Frankfurt/Main